

Clemenceaus-Ablehnung der Arbeiterrichtsnote.

Berlin, 15. Mai. Der deutschen Delegation in Versailles ist am 14. Mai nachfolgende Antwortnote übergeben worden:

Berlauel, den 14. Mai.

Herr Präsident! Ich habe die Ehre Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 10. Mai zu beklagen, der sich auf die nationale Arbeiterrichtsregelung bezieht. Soweit ich Ihre Entwurfssatzung abstimmen kann, ist sie einstimmig abgelehnt. Sie kommt der allgemeinen und assoziierten Arbeiterrichtsregelung nicht entgegen. Sie ist eine Abwehr der allgemeinen und assoziierten Arbeiterrichtsregelung.

1. Sie nehmen Kenntnis von der Stellung der deutschen Delegation, daß der innere Friede und die Fortdauer der Neutralität von der Lösung der Arbeiterrichtsregelung abhängt, und sie sind überzeugt, daß in Zukunft solche Lösungen leicht erreicht werden können. Das Votum der Delegation von dem Teile der Note vor dem Abstimmungstermin ist außer Acht. Teil I ist der Entwurf der Friedensbedingungen so gestellt, daß die Mittel vor, durch die diese Lösungen erreicht werden sollen, und das zweite Votum des gleichen Teiles, seit die Gewaltübernahme, die fortwährend die internationale Arbeiterrichtsregelung und den Völkerbund leiten. Der Artikel 427 legt das Gesetz darüber ab, daß die Aufzähllung der vorher erläuterten Grundätze nicht abgeschlossen ist. Der Artikel der geforderten Lagen ist nicht die händige Entlastung der internationalen Arbeiterrichtsregelung.

2. Das Arbeiterrichtsabkommen ist in den Friedensvertrag aufgenommen. Deutschland wird also aufgefordert werden, es zu unterschreiben. Das Land wird diesem Vorschlag folgen, sobald es gemäß Artikel 1 des Vertrags in den Völkerbund aufgenommen sein wird.

3. Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterrichtskonferenz nach Versailles einzuberufen. Die Beschlüsse der Generalversammlung in Bern die in ihrem Entwurf einen Abkommen über internationales Arbeiterrichtsrecht enthalten sind und auf die sich der § 1 ihres Briefes vom 10. Mai bezieht, sind bereits mit der fortlaufenden Ausfertigung geprüft worden. Vertreter der Gewerkschaften sind an der Ausarbeitung der Artikel der Friedensbedingungen beteiligt, bis auf die Arbeiterschaft. Wie aus dem Anhange des zweiten Abschnitts des Teiles 18, Seite 200, hervorgeht, umfaßt das Programm der ersten Sitzung der internationalen Arbeiterrichtskonferenz in Washington noch folgende, die wichtigsten Fragen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden. Die Gewerkschaften werden aufgefordert werden, an der Konferenz in Washington teilzunehmen, und sie wird nach bestimmten Geboten abgestimmt werden, die die Beleidigung ihrer Mitgliedschaft vorzubehalten, jedoch unter Vorbehaltung der Zustimmung der zuständigen Behörden der vertretenen Länder.

4. Der Entwurf des Abkommen über internationales Arbeiterrichtsrecht, den die deutsche Delegation vorbereitet hat, besteht aus: Er enthält keine Vereinbarung, die die Vertretung der Arbeiterschaft auf der internationalen Konferenz vorseht, die er in seinem Artikel 7 vorbehält. Er steht auch in den folgenden Punkten den Bestimmungen des Teiles 18 des Friedensbedingungen nach a), fünf Jahre werden als Friedensraum gewidmet je zwei Sitzungen festgesetzt (Artikel 7). Die Friedensbedingungen schließen ein Jahr vor Artikel 280. b) Arbeit und Frieden über eine Einheit (Artikel 7). Die Friedensbedingungen fordern jedem Delegaten eine Stimme zu, gleichviel ob es eine Delegation der Arbeiterschaft oder der Gewerkschaften vertritt (Artikel 280). Die Beschlüsse sind nur dann bindend, wenn sie mit einer Majorität angenommen sind, die vier Fünftel der an der Abstimmung teilnehmenden Länder umfaßt (Artikel 7). In den Friedensbedingungen ist nur eine Majorität von zwei Dritteln der bei der endgültigen Abstimmung abgewichnen Stimmen zugestanden, eines Durchgangs aber eines Entscheidung durch die Konferenz nötig (Artikel 408). Die älteren und erfahreneren Regierungen sind daher der Meinung, daß ihre Entscheidungen der Sorge Bedeutung tragen, die die deutsche Delegation tatsächlich der sozialen Gerechtigkeit dient und daß diese Entscheidungen die Gewerkschaften nicht ohne eine Abstimmung der beiden Konferenzen auf der internationalen Konferenz vorgenommen werden sollten. Die Delegation erachtet, daß die Arbeiterschaften nicht ohne eine Abstimmung auf die Arbeiterschaften verzichten sollten. Die Arbeiterschaften sind nur dann bindend, wenn sie mit einer Majorität angenommen sind, die vier Fünftel der an der Abstimmung teilnehmenden Länder umfaßt (Artikel 7).

Wichtigstein Sie, Herr Präsident, die Verhinderung mittlerer ausgesuchten Hochachtung. — Clemenceau.

Bei Clemenceaus Antwort auf die Note Bernaus, in der sich Deutschland zum Abstimmung der internationales Arbeiterrichtsabkommen erklärte, sagt der Vorsitzende: Deutschland hat den Nachschub des Entente-Kapitols-Satzes ein offenes Gefenster zu den Männchen der Arbeiterschaft verlassen. Clemenceau hat darauf eine Abfrage auf die Rückerinnerung der Arbeiterschaft erlaubt. Die Arbeiterschaft Deutschlands und die der ganzen Welt ist flüchtig enttäuscht. Die Antwort ist eine klare Verhinderung des internationales Arbeiterrichtsabkommen, das in Paris am Werk ist, nicht nur Deutschland allein, sondern die arbeitenden Massen der ganzen Welt zu Boden zu drücken.

Der Volksanzeiger heißt es zur Antwort Clemenceaus: Der Vorsitzende, Gewerkschaftsvertretungen nach Versailles zu laden, wird abgelehnt, mit dem Hinweis darauf, daß in Washington im Oktober ein Kongress stattfinden soll. Aber was ist das für ein Kongress? Jedes Land entsendet je zwei Regierungsräte, einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer. In jedem Land werden die Interessen der Arbeiterschaft nur durch den zweiten Teil der Stimmen vertreten.

Proteste gegen den Gewaltfrieden.

Bamberg, 15. Mai. Zu einer möglichen Ausdehnung des sozialen Friedens gegen den von der Entente abgeschlossenen Gewalt- und Gewaltfreiheitsvertrag versammelte sich heute vormittag 9 Uhr im Saalssaal des Neubaus der Universität Bamberg der bayerische Landtag. Von der Regierung haben sich die in Bamberg weilenden Minister eingefunden.

Präsident Schmitt eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, die mit den Worten schloß: Vor dem Land darf es keinen Frieden geben: Wir Deutschen leben in gesetzter Geschlossenheit hinter der Regierung des Reichs in diesem Komplexe um die Eigentumsmöglichkeit und unsre Zukunft, in diesem Kampfe um unsre nationale Leben. Der Ministerpräsident Hoffmann wandte sich in einer Rede von eindringlicher Strost gegen den Schmiedefrieden. Seine Ausschreibungen wurden wiederholt von zustimmenden Abgeordneten der Partei bejaht. Deutsches ist die Wahrheit, deutlich muß sie bleiben, so schloß er seine mit lobhaftem Beifall aufgenommenen Worte. Wie ein Mann steht das bayerische Volk zum Deutschen Reich. (Sturm!) Es lehrt jedoch Gedanken eines bayerischen Sonderfriedens ab. (Sturm!) Ein Lamm, das jetzt kein Wolf und Vaterland verläßt. Das mag die Freunde und die Welt hören. Wir wollen sein ein einziges Volk aus Brüdern, in keiner Art uns trennen und Gefahr.

Darauf wurde einstimmig auch von den Umstädtingen folgende Entschließung angenommen: Der bayerische Landtag ist einig mit dem ganzen Volke in der unbedingten Wissenshaft der Friedensbedingungen, die in der letzten Note den wirtschaftlichen und politischen Tod Deutschlands bedeuten. Die bayerische Polizeiabteilung weitet sich insbesondere mit Entfernung gegen die Abtretung ferndeutscher Gebiete im Osten und Westen. Dieses kriegerische Vorhaben schlägt nicht nur der Geschichtsfeldzug, sondern steht im starken Widerspruch mit

den Grundsätzen der Selbstbestimmung des Volks, der die ganze Menschheit im Verlaufe des Krieges und beim Rücktritt des Kaiserreiches als Grundlage anerkannt haben. Wenn verstreut das gesamte bayerische Volk das unvermeidliche und gezwungene Friede Teutschland wirtschaftlich vollständig zu ertragen. Diese Verluste unterliegen, wenn durch Gewalt oder Not vom Friede loszutreten und zu einem Sonderfrieden zu gelangen, jenen an der unerträglichen zweideutschen Besinnung des bayerischen Volks anzusehen werden.

In der nächsten Woche wird der Landtag in seine eigentlichen Beratungen eintreten.

Berlin, 15. Mai. Der Völkerbund für Freiheit und Unabhängigkeit der Lösung der Arbeiterrichtsregelung abhängt, und sie sind überzeugt, daß in Zukunft solche Lösungen leicht erreicht werden können. Das Votum der Delegation von dem Teile der Note vor dem Abstimmungstermin ist außer Acht. Teil I ist der Entwurf der Friedensbedingungen so gestellt, daß die Mittel vor, durch die diese Lösungen erreicht werden sollen, und das zweite Votum des gleichen Teiles, seit die Gewaltübernahme, die fortwährend die internationale Arbeiterrichtsregelung und den Völkerbund leiten. Der Artikel 427 legt das Gesetz darüber ab, daß die Aufzählung der vorher erläuterten Grundätze nicht abgeschlossen ist. Der Artikel der geforderten Lagen ist nicht die händige Entlastung der internationalen Arbeiterrichtsregelung.

2. Das Arbeiterrichtsabkommen ist in den Friedensvertrag aufgenommen. Deutschland wird also aufgefordert werden, es zu unterschreiben. Das Land wird diesem Vorschlag folgen, sobald es gemäß Artikel 1 des Vertrags in den Völkerbund aufgenommen sein wird.

3. Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterrichtskonferenz nach Versailles einzuberufen. Die Beschlüsse der Generalversammlung in Bern die in ihrem Entwurf einen Abkommen über internationales Arbeiterrichtsrecht enthalten sind und auf die sich der § 1 ihres Briefes vom 10. Mai bezieht, sind bereits mit der fortlaufenden Ausfertigung geprüft worden. Vertreter der Gewerkschaften sind an der Ausarbeitung der Artikel der Friedensbedingungen beteiligt, bis auf die Arbeiterschaft. Wie aus dem Anhange des zweiten Abschnitts des Teiles 18, Seite 200, hervorgeht, umfaßt das Programm der ersten Sitzung der internationalen Arbeiterrichtskonferenz in Washington noch folgende, die wichtigsten Fragen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden. Die Gewerkschaften werden aufgefordert werden, an der Konferenz in Washington teilzunehmen, und sie wird nach bestimmten Geboten abgestimmt werden, die die Beleidigung ihrer Mitgliedschaft vorzubehalten, jedoch unter Vorbehaltung der Zustimmung der zuständigen Behörden der vertretenen Länder.

4. Der Entwurf des Abkommen über internationales Arbeiterrichtsrecht, den die deutsche Delegation vorbereitet hat, besteht aus: Er enthält keine Vereinbarung, die die Vertretung der Arbeiterschaft auf der internationalen Konferenz vorseht, die er in seinem Artikel 7 vorbehält. Er steht auch in den folgenden Punkten den Bestimmungen des Teiles 18 des Friedensbedingungen nach a), fünf Jahre werden als Friedensraum gewidmet je zwei Sitzungen festgesetzt (Artikel 7). Die Friedensbedingungen schließen ein Jahr vor Artikel 280. b) Arbeit und Frieden über eine Einheit (Artikel 7). Die Friedensbedingungen fordern jedem Delegaten eine Stimme zu, gleichviel ob es eine Delegation der Arbeiterschaft oder der Gewerkschaften vertritt (Artikel 280). Die Beschlüsse sind nur dann bindend, wenn sie mit einer Majorität angenommen sind, die vier Fünftel der an der Abstimmung teilnehmenden Länder umfaßt (Artikel 7).

Umherbam, 16. Mai. Zusätzlich wird bemerkt, daß der Entwurf für die türkischen Friedensbedingungen fertiggestellt ist. Dafür verlässt davon, daß Konstantinopel eine freie Stadt unter der Verhältnisse des Völkerbundes werden sollte.

Beratungen in Paris.

Paris, 15. Mai. Der Vorsitzende eröffnete 13 Unterabschlußsitzungen die aus je einem Mitglied der fünf Großmächte bestehen, um die Entwicklung der Truppen gegen den Friedensvertrag zu bereiten. Dasselbe verlangt vom Rat der auswärtigen Minister, daß sie gemeinsam mit dem Verteidigungsminister die vorbereiteten Friedensbedingungen fertigstellen.

Die Bedingungen für die Türkei.

Umherbam, 16. Mai. Zusätzlich wird bemerkt, daß der Entwurf für die türkischen Friedensbedingungen fertiggestellt ist. Dafür verlässt davon, daß Konstantinopel eine freie Stadt unter der Verhältnisse des Völkerbundes werden sollte.

Eine sozialistische Deputation für Deutschland.

London, 15. Mai. Das Deutsche Bureau erhält, daß die Einladung der britischen Sozialisten an die alliierten Sozialisten, eine Delegation nach Deutschland zu senden, angenommen worden ist. Henderson, Blaibart und Wicks sind zu Mitgliedern der Delegation ernannt worden. Die Frage, wann sie noch Deutschland begreifen wird, hängt davon ab, ob der Unterzeichnung des Friedens ab.

Die Österreicher in Frankreich.

Die österreichische Delegation wurde bei ihrem Eintritt vom Präfekten Chatelet, dem Bürgermeister von St. Germain und Offizieren der internationalen Militärmission empfangen. Auf die Begrüßung Chatelets erwiderte Renner, er sei für die Gastfreundschaft Frankreichs und den liebenswürdigen Empfang dankbar. Dann wurde die Delegation in den ihr zugewiesenen Villen untergebracht.

In seinem heutigen Sitzung erklärte Sommer Ohne: Die österreichischen Delegierten haben der deutschen Delegation gegenüber jenen Vorteil, daß sie schon aus dem Vertrag mit Deutschland herauswollen, welche genauen Absichten die Entente betrifft des Friedensvertrages (Allerdings! D. Sch.). Sie können sich keine Illusionen über die Bedingungen, die man von ihnen verlangen werde, machen. Gute ist die Lage gegenüber den Alliierten nicht genau diejenige Deutschlands. Denn in allen Umständen und Verantwortlichkeiten war Österreich nur der einzige Verbündete Deutschlands. Die österreichische Regierung handelte, welche Initiative sie auch im Juli 1914 beschlossen haben mag, immer auf Betreiben Deutschlands und war sicher, daß sie Deutschlands Wünsche wußten. Dies darf uns jedoch nicht überreden lassen, daß im Laufe der letzten 50 Jahre Österreich ebenso verantwortlich in den Umständen war, die zu dem Kriege führten und Deutschland alle Siege brechen ließen. In der Niederlage blieb die Solidarität beider Nationen so groß, daß es der größte Wunsch Österreichs war, mit Deutschland vereinigt zu werden, und vielleicht haben die Wiener Delegierten eine befürwortende Zustimmung von dem Heiligen Stuhl erlangt, so läßt sich unterstreichen, die jetzt vor der Regelung des Abstandsmäßigkeiten stehen, nicht nur nicht gestanden, daß die Gegner sich dieser Schwierigkeiten bedienen, um unsre Friedensbedingungen zu distanzieren, sondern sie müssen namentlich darüber wachen, daß die Bedingungen berücksichtigt werden, daß sie Europa für alle Zeiten vor neuen germanischen Koalitionen bewahren und die durch unsrigen Sieg bestreiten jungen Völker vor selbst fernliegenden Angriffen und Unterdrückungsdrohungen schützen.

Es ist in der Tat schwer zu unterscheiden, ob solche Worte von Unterschärheit und Siegesstolz unmischbar oder von einer grenzenlosen Raubität diffiniert werden.

Die Anschlußfrage.

wird auch weiterhin in Österreich aufs lebhafteste erörtert. So hat vor seiner Abreise nach Versailles der Landeshauptmann Dr. Ledermann die gesamte Beamtenchaft der Landesregierung bei sich empfangen und eine Ansprache gehalten, in der er u. a. ausführte: Deutschland soll in einem Staat geprägt werden, der als „Sachsenkroatien“ genannt, aber 8½ Millionen Deutsche beansprucht. Nach dem vorliegenden Wortlaut des Friedensvorschlags kann sein Zweifel bestehen, daß die Sudetendeutsche einen Bestandteil der tschechoslowakischen Republik bilden sollen und es soll sich nur um die Bedingungen des Friedensvertrages handeln. Daß der österreichische Staat ein Staat in seiner Ränge sein würde, daß milde die Ententestaaten genau wissen. Nach den vorliegenden Meldungen soll Deutschland als Schachfigur im Spiele der Weltgeschichte behandelt werden und unter die Rücksicht des Völkerbundes kommen. Das Österreichische ist aber so, daß auch Österreich nicht auf dem freien Anschluß seiner Bewohner führt, sondern eine übernationale Zwangsgemeinschaft werden soll, wobei kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die hier herrschende Nation trotz aller gegenwärtigen Versicherungen aus längster Zeit darauf ausgehen wird, die ihr untergeordnete Nation mit allen Mitteln ihrer Vollkraft zu zerstören. Natürlich ist anzunehmen, daß hierzu auf die Tore nicht die in den letzten Monaten gebrauchten Mitteln der Gewalt in Anwendung gebracht werden, sondern man wird dieses Ziel unter einer modernen sozialen Rasse anstreben, um es desto unanfälliger erscheinen zu lassen.

Die Wiener Willkürregierung gibt die Neuverhandlungen eines Mitgliedes der Ententekommission wieder: Die Entente verleiht dem Vergleich auf den Anschluß ganz formell verlangen, aber dafür nicht leere Sicherungen, sondern entsprechende Kommissionen einsetzen. Deutschösterreich soll finanziell und wirtschaftlich vollständig wiederhergestellt werden. Auch die Kriegsschulden sollen einen Vorrang erhalten. Außerdem werden

Deutschösterreichische territoriale Zugeständnisse im Ausicht gestellt, aber nicht in dem erhofften Umfang. Das wäre selber wohl möglich gewesen, sei aber jetzt zu spät. Die Entente, besonders aber Frankreich, hat ein ausgearbeitetes Programm für den Wiederaufbau Deutschösterreichs als neutralistische Republik präpariert. Der Anschluß an Deutschland würde die Entente zu besonderen Vorleistungen verpflichten, um Deutschösterreich wieder politisch und finanziell zu beherrschen. Der Anschluß ist am 1. Januar 1920 zu erwarten. Das Land wird unter dem Einfluß der Gewalt und Gewaltmaßnahmen durch Gewalt und Gewaltmaßnahmen wiederhergestellt, während nur vorläufige Verhandlungen eintreten.

Verfasst, 16. Mai. Der Populäre protestiert gegen die Entente, die Vereinigung Deutschlands und Österreichs zu verbieten. Die Völker würden gegen die unwillige Verlegung des Selbstbestimmungsrechts Einspruch erheben. Der Verteidiger und der Kämpfer hätten längst eingetreten, doch für dieses Verbot gegen die Grundlagen Wilsons verüben, aus dem seit langem traten sie ihre Gruppe mit Süßen. Es ist aber noch etwas anderes zu verhindern. Wenn man nämlich den vornehmlichen Willen Österreichs verläßt, so schafft man kommende Konflikte. Man braucht nur daran zu denken, wie anlässlich der Vereinigung Österreichs mit Südtirolen und der Ansliebung Bosniens und der Herzogswahl an Österreich-Ungarn die Belohnungen ausgetrieben drohten.

Zwei Jahre später ist die heutige Haltung des Populären ist zu begreifen, und wir wünschen, daß seine Stimme gehört werden möchte.

Betriebsräte in Österreich.

Wien, 15. Mai. Die Nationalversammlung nahm in allen Sitzungen die Gegenentwürfe über Handelsstreik, Industriestruktur und Sonderabgabe in dem Handelsgewerbe und anderen Betrieben sowie über die Errichtung von Betriebsräten an.

Unruhen in Stettin.

Stettin, 15. Mai. Zwischen einer Militärwache im Hafen, die einen gestern und vorgestern teilweise ausgeraubten Heringssampfer bewachte, und einer Polizeiabteilung kam es zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlaufe die Waffen der Soldaten beschädigt wurden. Die Soldaten verloren dabei, die Polizei wurde verletzt. Am Ende der Grenadieralarme wird noch gekämpft.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden in vielen Geschäften der Stadt Blutuntersetzungen verübt. Das Justizgefängnis in der Gutsdorffstraße wurde gestürmt. Ebenso wurden die von den Regierungstruppen in der Hauptwache untergebrachten Gefangenen aus dem Strafkampf ausgetragen. Die Gebäude haben jedoch spätestens jetzt wiederhergestellt. Die Gefangen werden wiederhergestellt. Die Gefangen werden wiederhergestellt.

Stettin, 16. Mai. Um 10½ Uhr nachts, ließ sich ein klarer Bild über die Lage noch nicht gewinnen. Der Arbeiterrat bildete eine Sicherheitswache, die aus Arbeitern besteht. Arbeiter wurden gegen entsprechenden Ausweis mit Waffen ausgerüstet, um für die Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Anscheinend haben jedoch sozialistische Elemente die Oberhand gewonnen. In der Nähe der Kaserne und des Gefängnisses entmischt sich eine lebhafte Schieferie. Es wurde aus Gewehren, schweren und leichten Maschinengewehren geschossen, wobei viele Personen, meist unbekannte Passanten, getroffen wurden. Bei Einbrechen der Dunkelheit wurde das Gefängnis gesäumt und die Gefangenen befreit. Die Kaserne werden zur Zeit belagert. Man will die Regierungstruppen zum Abzug bringen. Auch sollen die Buschstrassen zur Stadt und die Eisenbahn belegt sein, um die Truppentransfere aus Stettin und Berlin zu unterbinden.

Der Strafvollzug.

Einer Befreiung entnehmen wir folgendes: Zur Frage des Übergangs des Strafvollzugs in das Justizministerium hat neuerdings in den Dresden Blättern eine Kontroverse eingetragen. Beamte des Justizministerium fordern den Strafvollzug ausschließlich für dieses, Beamte der 4. Abteilung des Ministeriums des Innern wünschen, daß alles beim alten bleibt. Das letztere ist ein Ergebnis dafür, daß sich Strafvollzug und Strafvollzugsbeamte im Ministerium des Innern wohl fühlen und daß hier kein Verlangen nach einem Wechsel besteht.

Wir wissen wohl, daß der neue Justizminister für die Beamten ein warmes Herz und auch Initiative hat, was jeder Freund der Abwege danach begrüßt, und daß auch bei dem in Aussicht genommenen Ministerialdirektor die Strafanstalten gut aufgehoben sein würden. Aber auf Beratern und Persönlichkeiten Einrichtungen zu stellen wäre falsch. Außerdem glaube ich nicht, daß dieser Vorteil den Nachteil aufwiegt, den bei den Strafanstalten entsteht, um die Verbindung mit den Justiz-, den Strafvollzugs-, den Korrektionsanstalten. Ich bin von 1887 bis 1890 an der Erziehungsanstalt Brünn, davon gegen 2 Jahre an der Green, später Epileptikeranstalt Hochwiesen tätig gewesen und habe auch vor und neben meiner Tätigkeit als Geistlicher einer Strafanstalt an einer Korrektionsanstalt gearbeitet. Ich weiß, welche Anregungen, Kenntnisse, Erfahrungen ich von überall habe für mein Amt als Geistlicher und später als Strafanstaltsdirektor empfangen habe. Natürlich geht es Beratern und Beratern und bei diesen Beamtengruppen liegt doch für die Zukunft der Schwerpunkt in der Arbeit an den Strafanstalten. Der Herr Ministerpräsident bezeichnete als Aufgabe der neuen Zeit, den Gefangenen „geringerlich zu beeinflussen und rechtzeitig alles zu tun, um ihn wieder zu einem möglichst nüchtern

gelt und den Richtern und Staatsanwälten zur Pflicht — Söhne, der Offizier war, und an den Künstler im Bau — in der Einrichtung von Strafanstalten, den noch lebenden Eltern der in ganz Deutschland einzige dastehenden Anstalt des Reichs von Haus aus Kaufmann. Es wird unter Punktum des Innern etwas geleistet. Die Vergangenheit aber innerhalb wenig sagen. Wir müssen die Zukunft und uns vor allem recht klar werden darüber: was soll es in dieser neuen Zeit mit dem Strafvollzug? Sicherlich noch nicht erheblicher Ausgestaltung des Strafvollzugs ist nicht neu. Und so sehr ich ihr im allgemeinen zuwende, so wenig glaube ich, daß wir wesentlich über das auskommen, was schon gewollt wurde, wenn wir nicht eine Ausweitung wagen. Es hat das Erzielbare im Strafvollzug keine zu im Voraus der Strafanstalt. Der Verfasser des von Danubius für Sehnsucht und Frieden, Professor Dr. Kriegs, behauptet richtig, daß der Strafvollzug nicht beißend vollkommen sein kann. Generalprävention und Sozialisation. Das heißt: wirkt der Strafvollzug abdrückend auf die Bevölkerung. Er sieht es als eine in der Natur der Sache voraussetzung an, daß zur Zeit die Gefahren in die Zukunft zurückkehren, um bald neue Straftaten zu beobachten und — man höre — zum so eher, je häufiger sie der nächsten Behandlung im Strafvollzug unterworfen gewesen seien. Dr. Graumanns drückt dasselbe in seinem Buche mit den Worten aus: „Die mehr Strafvollzug, desto mehr Kriminalität.“

Es kommt darauf an, den Verbrechensrisiken möglichst vor Strafanstalten zu bewahren, das Strafvollzug nur für schwerste Fälle im Aufbruch zu nehmen, im übrigen andre Mittel zu der Zurechtzurichtung zu suchen, ein Weg, den der Justizvölker innerhalb bereits beschritten hat. Es kommt weiter daran, die Arbeit an den Strafgefangenen schafft zu teilen den eigentlichen Strafvollzug und die, wenn ich sie so nennen darf, Besserungsarbeit, und mit dieser leichteren und Erfolgs willen zu verbinden die Arbeit an den Strafgefangenen und auch an den Gefährdeten. Es geht nicht, mit einer Hand strafen und mit der andern ergieben. Es ist erst gestraft und mit ganzer Liebe gebessert werden, ein etwas erreicht werden soll. Wie das im einzelnen läuft, darüber liegt eine Eingabe an die Volkskammer, welche den Weg bezeichnet, auf welchem sich, auf Grund der Periode zwei Jahrzehnte hindurch, sicher und vernünftig zur Zeit allein erreichen läßt, was den Regierenden vorliegt und der Wunsch des Volks ist, daß nämlich Strafhaus und doch mit Erfolg an den Abwegigen zur Entschädigung gearbeitet wird.

Wenn aber dieser Weg beschritten wird, ist es besser, um vor der Hand nicht an der Zuständigkeit des Strafvollzugs zu zweifeln, daß es nicht unentbehrlich, daß in 5—10 Jahren es sich als vorstellbar erwies, die beiden Teile verschiedenen Ministerien zu unterstellen. Zur Zeit ist aber das Prinzip der Zoll. Die beiden Betriebe, reiner Strafvollzug sowie und ergänzliche Beeinflussung mit Fürsorge und Beirat anderer, können sich leichter voneinander ab und können sich besser ineinander ein, wenn alles einem Ministerium untersteht und zwar dem Ministerium, dem der Strafvollzug bisher unterstand und das zur sozialen Staatsarbeit zu sein ist, zu dem der zweite Teil unabänderlich gehört.

Und könnte ja gleichzeitig, um in Strafvollzugsfragen Zusammenkunft und größere Übereinstimmung von Zoll- und Innerministerium herzustellen, es könnte eine Kommission zu diesem Zweck gebildet werden, eben aus jedem Vertreter der beiden Ministerien, einem Strafanstaltsektor, einem Oberstaatsanwalt und einigen weiteren Beamten der Landesstraf- und der Gefangenanstalten, unter Voritz eines Vertreters des Ministerpräsidenten. Vielleicht könnte gar diese Kommission erweitert und ausgestaltet werden einem Rat für die gesamte Verbrechensbekämpfung in allen. Diesem würden neben Beamten auch ein Mitglied der Kammer, Geschworene, Schöffen, Vertreter von Kirche und Schule, Fürsorgebehörden u. a. angehören haben. Es würde ein solcher Rat das Verhältnis und Interesse für diese Räte jetzt so nötige Arbeit ungemein haben und auch dem Staatshaus gefallen auf diesen Zweig der Volkswohlfahrt. Es unbedingt erforderlich wäre ich diese Einrichtung nicht zu bezeichnen. Sie ist aber doch vielleicht geeignet, die Anhänger vor der Hand zur Ruhe zu bringen.

Großmann.

In die organisierten Arbeiter aller Länder.

Die Konferenz der Vertreter der Vorstände der deutschen Gewerkschaftsverbände beschloß, zu den Friedensbedingungen der Entente einen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen, in dem es heißt:

Arbeiter! Genossen!

Die am 18. und 19. Mai in Berlin versammelten Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands haben mit großer Kenntnis genommen von der brutalen Erfassung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedens“-bedingungen unzweckmäßig entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß sie durch den Krieg angerichteten Verlusten in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Frankreich hat längst seine Bereitswilligkeit erklärt, nach bestem Maaß daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Möglichkeit, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Über die Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schlimmster Art. Am Stelle des verprochenen Redtsfriedens, der die Versammlung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringt, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Heloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Westmächte gemacht. Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen einige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reihen.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unvermeidlicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsabgeltungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 10 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine

Arbeiter, zu Lohnslaven der Kapitalisten der Westmächte.

Die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente festgelegten 40 Milliarden an Verpflichtungen jährlich etwa 10 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unter Abgrenzung überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,88

Millionen Tonnen einzig nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch wird durch die fortwährenden Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Industriellen wird unter ganze Industrie langsam und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit andern Mitteln bewirkte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich

ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht einer der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1918 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschaftskonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alte Unterscheidung in die Hände der Püreaner und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluss abzunehmen. Da der neue Völkerbund zunächst weder England noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrichten von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine

Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder

und ein Zusammenschluß gegen den internationalen Arbeiterschutz. Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Aufbruch nehmen, in der Bekämpfung der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft nie zurückzustehen zu haben, und sie glauben daher an die Arbeit aller Länder opponieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Frankreich kennt die Friedensbedingungen noch nicht!

Berlin, 15. Mai. In der heutigen Humanität wird sowohl von Sembat wie auch von Tachin eine unglaubliche Karikatur aufgedruckt, die allerdings für die Beurteilung der bläserischen Haltung der französischen Sozialisten wesentlich ist, nämlich daß der Friedensvereinigungs-Vorstand noch immer von den französischen Regierung gehalten wird! Tachin schreibt: „Journalisten mit guten Zeichnungen zur Negierung erhalten Exemplare des Friedensvereinigungs-Vorstandes, die beider Ministerien geben damit zu verstehen, aber die Volksvertreter weißt befreien sind, dem Frieden zugestimmen, sind auf Auszüge aufmerksam, die Herr Tardieu verjagt hat.“ Sembat schreibt: „Glauben Sie es nicht eigenartig, daß die französischen Deputierten den vollen Vorstand des Friedensvertrags noch nicht in Händen haben, während sämlichen deutschen Abgeordneten ihn erhielten?“

Sowohl Tachin wie Sembat berichten in ihren Artikeln über die geistige erste Einführung der Sozialistenkonfrontation. Sie haben mit Genehmigung eine gewisse Einigkeit im Willen hervor, doch man kann nicht durch Worte poppen lassen, kleine Klümpchen zu neuen Kriegen in den Friedensvertrag aufnehmen lassen dürfen. Es ist immerhin möglich, daß die Konsolidierung des vollen Vorstandes des Friedensvertrags, momentan jener Anhänger, in denen der imperialistisch-kapitalistische Geist des Vertrages besonders zum Ausdruck kommt, auch die Nachoszialisten fröhlig machen wird; jedenfalls ist dieser Umstand bezeichnend für die Geheimdiplomatie der Alliierten, die nicht nur die Friedensbedingungen unter Ausschluß aller öffentlichen Aussprachen, sondern sogar das Ergebnis ihrer Arbeit ihnen selbst verschweigen.

Berlin, 15. Mai. Nach dem sozialistischen Blättern hat die sozialistische Parlamentsgruppe gestern 16 Mitglieder gewählt, die mit 16 von dem gleichzährenden Zusatz der Partei bestimmten Mitgliedern den Friedensvertrag prüfen sollen, darunter Tachin, Marceau, Baudouin, Compte, Morel und Raquin-Dugay. Tachin steht in der Humanité mit, daß die Partei dem Lande gegenüber eine große Verantwortung trage. Tachin belont sehr, daß die sozialistischen Sozialisten auf nationalem Boden ständen; der Legende, daß die Anhänger eines gerechten Friedens eine Entlastung Deutschlands bei seinen Verpflichtungen und Schulden Frankreich gegenüber erstreben, sei kein Glaube zu schenken. Wenn wir alle, erklärte Tachin, im Wunsche nach einem gerechten Frieden einig sind, dann sind wir es in der Neuerzeugung, daß dieser Friede unserm Lande und seiner Zukunft günstig ist und auch der Lage Europas Rechnung trägt.

Gemeinden und Sozialisierung.

Und wird geschrieben: In Sachterz schreitet man dazu, ein Gesetz zu schaffen, das das Recht der Enteignung zugunsten des Staates, der Länder oder Gemeinden oder zugunsten von gewerkschaftlichen Organisationen vorsieht. — So sollen alle Unternehmen der Gemeinde alle Verkehrsunternehmungen, alle Wasser-, Eisen- und KraftverSORungen, die Besiedlung, Gegenwart und Zukunft mit Lebensmittel, das Flämingungsmaßen, die Stellenvermittlung, die Apotheken, die Galen- und Kaffeehäuser, die Theater und Kinos, die Herstellung und Vermietung von Kleinwohnungen feststellen werden.

Auch bei uns im Deutschland sind wichtige Produktionsmittel zur Sozialisierung zeit, d. h. sie können bald in öffentliches Eigentum übernommen werden. Die Wasser-, Bahn- und KraftverSORungen müssen nach im Besitz der kapitalistischen Klüngelgesellschaften oder Eigentümern befindlichen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken eingezogen werden, wobei als Entschädigung nur der gemeinsame Wert gelten kann und jede Berechnung auf Kapitalistischer Grundlage, wie z. B. Weißkämmer, auszuführen muß. Allgemein muß auch der bis dahin der Allgemeinheit entzogene Gewinn mit berücksichtigt werden, damit die Klüngelgesellschaften nicht unzureichend belohnt werden, die gemeinschaftliche Wirtschaften nicht ungerecht belohnt werden, für die zum Teil durch die Kriegswirtschaft bedingt, überwiegend durch Werk erworbenen. Die bei den Altengesellschaften aufgestellten Reklamationen müssen nach einem bestimmtem Schluß auf die zu entzähmenden Werke verteilt werden, sind es doch ureigenste, erzeugte Werte der zur Enteignung bestimmten Produktionsmittel und gehören hierzu. Die baldige Enteignung der noch im Besitz von kapitalistischen Gesellschaften befindlichen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ist Pflicht aus mehrfachen Gründen. Sozialisieren macht zur Pflicht, die Produktionsmittel gemeinsam auszubauen und zu verwaltungsmäßig, zum Wohl der Gemeinde. Hierzu gehört ein planmäßiges Zusammenlegen der Wasser-, Bahn- und Kraftwerke, der größeren Werke zusammenzulegen, auch die Zusammenlegung mehrerer Gemeinden zu einem Verbande eine bessere technische und kaufmännische Leitung der Werke ermöglichen, die bisher in kleinen Gemeinden von den Herren Bürgermeistern neben einem Gutsmeister, Wehrmeister oder Wehrmeister ausgeübt wurde und diesen durch-

denen Trägern wurde schonere Stunde durch Erledigung von jährlingen Gemeindewahlen bereitet haben. Die Zusammenlegung mehrerer eng zusammengehöriger Orte zur Verjüngung von Wasser-, Licht- und Kraft zu einem Verbande verhindert auch die Vereinigung von Produktionsmittel in erheblichem Maße. Dem zugehörigen Eigentumsanteil muß unter dem Vorbehalt des Wirtschaftsförderung das Recht gegeben werden, im Bedarfsfalle Gemeinden zu einem Verbande zwangsläufig zu vereinigen, können doch auch politische Verschiedenheiten der Gemeindeverhältnisse eine Vereinigung verhindern. Diese Zusammenlegung von Gemeinden zu einem Verbande kann unbedingt erzielt werden, wenn jegt von den Eigentumsgesellschaften oder Gewerkschaften die in deren Besitz befindlichen Wasser-, Bahn- und Kraft-aktien ebenfalls erneuert werden, wodurch das Eigentum umfänglich vereinigt wird, Produktionsmittel vergnügt und der Staat verhindert bei Haltung der Entschädigungen für die Werke unrichtig befürchtet wird. Die Kosten der Gemeinden durch geschäftliches und Arbeitsschlafvermögen sind groß und neben einem halb so kostspieligen Betrieb der Wasser-, Wasser- und Elektrizitätswerke des Wests. Von diesen Werken sind hauptsächlich Gas- und Elektrizitätswerke in unserm Freistaat Sachsen noch in höherer Zahl in kapitalistischer Gewalt, während die Wasserwerke fast ausnahmslos von den Gemeindebehörden befinden und nur durch Ausnutzung von Staatserlösen rationeller geführt werden müssen. Niedersachsen aber jede Erweiterung eines Wasser-, Licht- und Kraftverbandes müßte jetzt von der Gemeindeverwaltung des Wirtschaftsministers, als Präsident des Sozialisierungsausschusses, abhängig gemacht werden, um unentbehrliche Investitionen, die von steuerlosen Geldvermögen oder Wertpapieren den Gemeinden zum Bau empfohlen werden, zu verhindern.

Wer bei jeder Sozialisierung heißt es, wie kann Saint Simon in seinen Geist-Briefen sagen, daß alle Menschen arbeiten sollen.

Dr. Ingenuit.

Deutsches Reich.

Richterstreit in Eisenach.

Der Eisenacher Tagesspost und der Eisenacher Staatszeitung gingen von den Eisenacher Richtern folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Am 9. Mai 1919 hat eine Runde von Menschen sich den Eingang zum Gerichtsgebäude erjuden, im Innern des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft Türen und Schränke erbrochen, eine große Menge wichtiger Akten aus den Fenstern geworfen und verbrannt, viele Tübbchen begangen und im Gelände die Gefangenen bis auf zwei in Freiheit gelassen. Derartige Vorkommnisse können sich nach Lage der Verhältnisse jeden Tag wiederholen. Sie sind mit der Würde und der gesetzlich gewährleisteten Unabhängigkeit der Gerichte unvereinbar. Eine geordnete Rechtspflege läßt sich unter solchen Umständen nicht aufrecht erhalten, ganz abgesehen von der persönlichen Sicherheit, für die feierleser Schutz mehr vorhanden ist.

Die unterzeichneten Richter haben deshalb beschlossen, ihre richterliche Tätigkeit bis auf weiteres, und zwar solange einzustellen, als ein ausreichender Schutz nicht gewährt wird.

Das Urteil im Fleischmarkt-Zugembug Prozeß nicht rechtskräftig.

Über die Rechtsfrage nach der Urteilsfälligkeit steht eine Verhandlungskorrespondenz mit: Das Urteil im Fleischmarkt-Zugembug bedarf, um rechtsskräftig zu werden, nach der Bestätigung. Es besteht jedoch die Frage, wer für das außerordentliche Kriegsgericht zuständig ist. Bekanntlich war für die Verjährung von Urteilen der Kriegsgerichtsgericht, später der Kriegsgericht, in diesem Falle also der König von Preußen, zuständig. Nach der Revolution wurden die betreffenden Verordnungen dahin abändernd, daß die Verjährung dieser Urteile durch eine vom Rat der Volksbeauftragten bestimmbare Periode ausgestreckt werden sollte. Der Kriegsgerichtsgericht als solcher nicht mehr bestehend, dachte also die Preußische Landesversammlung zuständig zu sein und die Verjährung des Urteils durch den Preußischen Ministerpräsidenten erfolgen. Das Gericht wird jedoch, um in diesem Falle volle Sicherheit zu haben, die Entscheidung des Rades einholen. Die Versetzung bleibt bis zur Vollstreckung des Urteils in Haft, ebenso wie der Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts gilt es keine Verjährung, doch sollte es immerhin möglich, daß bei einer Wiederaufnahme des Verfahrens erfüllt werden könnte.

Ausland.

Metz verhaftet.

Wien, 15. Mai. In der Nähe von Innsbruck ist gestern der Münchner Sportjournalist August Kegel verhaftet worden. Er war in Begleitung eines Mannes und einer Frau über die böhmische Grenze geflohen. Beim Abflug verlor sie eine der Begleiterin, so daß die drei nicht weiter konnten und schließlich einem Gendarmerie in die Hände fielen. Metz wird durch die Regierung eine Wiederaufnahme des Verfahrens erfordern, weil das italienische Kommando in Innsbruck dieses Verlangens stellte.

Lösung des Ilium-Konflikts?

Berlin, 15. Mai. Die Ilium-Frage soll durch einen nicht-offiziellen Meinungsaustausch zwischen Italienern und Südtirolern einer endgültigen Lösung entgegenstehen. Es ist dem Tempelhof folgende Beleidigung: Das Urteil im Fleischmarkt-Zugembug ist eine gewisse Einigkeit im Willen hervor, doch man kann nicht durch Worte poppen lassen, kleine Klümpchen zu neuen Kriegen in den Friedensvertrag aufnehmen lassen dürfen. Es ist immerhin möglich, daß die Konsolidierung des vollen Vorstandes des Friedensvertrags, momentan jener Anhänger, in denen der imperialistisch-kapitalistische Geist des Vertrages besonders zum Ausdruck kommt, auch die Nachoszialisten fröhlig machen wird; jedenfalls ist dieser Umstand bezeichnend für die Geheimdiplomatie der Alliierten, die nicht nur die Friedensbedingungen unter Ausschluß aller öffentlichen Aussprachen, sondern sogar das Ergebnis ihrer Arbeit ihnen selbst verschweigen.

Leute lokale Nachrichten.

Polizeibericht.

Einsiedel, 15. Mai. Von der Kriminalpolizei fanden drei Personen hinter Schloß und Riegel gebracht werden, die in letzter Zeit eine große Anzahl Einbrüche in östliche und südliche Südtiroler Häusern stattgefunden. Beim Abflug verlor sie einer der Begleiterin, so daß die drei nicht weiter konnten und schließlich einem Gendarmerie in die Hände fielen. Metz verlässt die Gedenkstätte unter der Hand.

150 M. Belohnung. In den letzten 4 Wochen sind in der Umgebung von Weizien wiederholte Schläge getötet und an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Unter Schädeln auf obige Belohnung werden Jagdmeister Richtungen an die nächste Polizeistelle oder die Landes-Kriminalpolizei Dresden, Schießgasse 7, III. Zimmer 210, erlassen.

Wienland im Prämonstraten-Kloster. Die Brauereiarbeiter des Prämonstraten-Klosters in der Gumpendorfer Straße befinden sich in einem guten Zustand. Sie fordern erhöhte Löhne, wie sie den Arbeitern der anderen Brauereien bereits zugestanden worden sind. Die Verhandlungen haben leider bisher noch zu keinen Ergebnis geführt. Der Besitz der Brauerei steht völlig leer. Vor den geschlagenen Toren patrouillieren Streifeleben.

Unglücksfall. Gestern vormittag wurde im Hause Ritterstraße 15 ein 50 Jahre alter Buchhalter ohne Bewußtsein aufgefunden. Durch einen Defekt an der Gelenkung war er sehr schwer am Gesäß verletzt. Nach 20 Minuten währenden Wiederbelebungsversuchen wurde er im Unfallwagen nach dem Krankenhaus befördert.

Heraus mit dem Material!

Einer lieben Gewohnheit folgend, hat die hiesige Unabhängige Volkszeitung allerhand Vorentscheidungen aufgerufen, die sie beim Einmarsch der Regierungstruppen in Leipzig erwartet haben sollte. Die jährlinge Regierung, der sich ebenfalls daran gelegen sein muß, daß militärische Lebegriffe verhüllt werden, hat an die hiesige Unabhängige das Gründen gestrichen, ihr Material vorgelegt, damit die Regierung den vorgebrachten Fällen auf den Grund gehen kann. Vermutlich wird sich herausstellen, daß auch hier die nötigen Schwimmschiffen gesorgt hat. Die verleumdeten Legenden, die um Rerung gewoben wurden, sind wahrhaftige Beispiele.

Die Leipziger Volkszeitung wurde nach dreitägigem Verbot wieder freigegeben. Allerdings steht sie unter Vorsicht und sie hat sich auch verpflichten müssen, die anhängigen Bekanntmachungen des General Wärder an der Spitze des Platzes zu veröffentlichen.

In den letzten Tagen wurden zahlreiche Leute, die zum Generalstreik aufgefordert hatten, verhaftet, in Leipzig und Kötzschenbroda allein 43. Die Arbeiter, die sich ihnen angehören hatten und in den Ausstand getreten waren, nahmen durchweg sofort die Arbeit wieder auf.

Das Standgericht verurteilte einen Arbeiter Wohlwille, der den Polizei vor dem Hotel Astoria angetreten war, trotz mehrfacher Aufforderung den Platz nicht verlassen und bei einer Verhaftung aufstrebende Reden gehalten hatte, zu 2 Monaten 3 Tagen Gefängnis. Ein Salzwurzelstrafe wurde aus denselben Ursachen zu 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Eine Weibliche, eine Kontoristin, trat, die bei seiner Festnahme die Regierungstruppen beschimpft und einen Soldaten angeplaudert hatte, erhielt 8 Tage Haft. Sie wird sich aber noch wegen öffentlicher Bekleidung vor dem ordentlichen Richter zu verantworten haben.

Ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung, den Rat zu erläutern, bei der Regierung unverzüglich für die sofortige Überberufung der unter General Wärder stehenden Truppen aus Leipzig zu rufen, ist abgelehnt worden.

Im Belegschaftsgesetz hatte Lipinski beantragt, dagegen zu protestieren, "dass durch die Anweisung des General Wärder in Leipzig die Immunität der Mitglieder der Volkskammer verletzt worden ist, indem der Versuch gemacht wurde, Mitglieder der Volkskammer mit Waffengewalt in Haft zu nehmen. Der G.A. bringt zum Ausdruck, dass ein solches Verfahren ungesehlich ist." Dazu erklärte Minister Uhlig namens der Regierung, eine Anfrage in Leipzig habe ergeben, dass eine solche Anordnung von General Wärder nicht gegeben worden sei. Die Immunität lasse auch nicht die Schubhaft zu. Die Regierung werde sich mit aller Entschiedenheit dafür einzulegen, dass die Immunität der Abgeordneten im vollen Umfang gewahrt werde.

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsischen Staatsbahnen.

Eines der wichtigsten Kapitel im sächsischen Staatshaushalt ist das der Staatsseisenbahnen. Für den Rückgang unseres Wirtschaftslebens ist besonders bezeichnend, daß der im Krieg erzielte Überschuss der Staatsseisenbahnen sich nunmehr in einem gewaltigen Defizit umgewandelt hat. Der Nachtrag zum außerordentlichen Staatshaushaltplan auf die Jahre 1918 und 1919 verzögerte zwar eine Mehrzulassung von jährlich 20 Millionen Mark für Personenzug- und Güterverkehr infolge der Tarifzuschläge, der jedoch eine Mehrausgabe von jährlich 135 700 000 Mark gegenübersteht. Es ist also ein Fehlbetrag von rund 115 Millionen Mark zu veranschlagen, der naturgemäß für den Staatshaushalt außerordentlich ins Gewicht fallen muß.

So haben sich infolge allgemeiner Einführung des Aktionsabends, Erhöhung der Löhne der Arbeiter, Bewohner von Betriebszulagen usw., an die dictatorisch Besoldeten und Gehilfen zum Ausgleich gegenüber der Erhöhung der Arbeiterlöhne die Jahresbeträge von 1 Million auf 2 600 000 Mark (Leute der dictatorischen Besoldeten) und von 33 auf 70 Millionen (Monats-, Wochen-, Tage-, Stunden- und Stücklöhne, ausdrücklich derjenigen der Bahnhofunterhaltungs- und Dienstleisterarbeiter) erhöht. Für Wohlfahrtszwecke (Unterstützungen) wurden jährlich statt 150 000 Mark 19 850 000 Mark.

Die Mannschaft des Neolus.

Seeroman von Hermann Hörn.

12. Kapitel.

Den nächsten Morgen erwachte der Leichtmatrose bei keiner Dunkelheit und war völlig klar, wie er still auf seiner Matratze lag.

Der Koch hatte mit seinen Töpfen aneinandergeklopft, das hatte ihn geweckt. Er hörte ihn jetzt das Feuer anzünden, das bis zu ihm herüberprasselte und noch das neblige, kalte Meer.

Da stand auf einmal seine Mutter ganz deutlich vor ihm. Sie sah in der Finsternis, und er sah ihre schmalen, runden Schultern gebogen und sie weinte. Er sah sich zu ihr und streichelte ihre Wangen. Sie sah ihn mit tränentrümmerten Augen an und weinte weiterhin. Das Herz ließ ihm über, und er nahm ihren Kopf in seine Hände. Und sie sah ihn prüfend an, und sah Vertrauen in ihm und lächelte ihn mit zärtlichem Mund und sagte, sie glaube an ihn, sie wisse, er sei recht, und sie liebe ihn ja auch, und es sei der Welt Dank, daß Kinder ihren Eltern immer beieilst, aber er solle das nie vergessen, und sich immer bewegen, ein tüchtiger und guter Mensch zu sein, dann werde ich noch etwas aus ihm werden. Und er war voll Schmerz und Angst und konnte es sich nicht ausdenken, je von dieser guten und lieben Frau getrennt zu werden.

Das war einmal vor Jahren gewesen, aber nun trat sein Empfinden in brennender Sehnsucht aus ihm heraus und hing an dieser Frau. Er war losgelöst von allem Vorherenden und fühlte mit brennenden Schmerzen den Druck, wie er mit dieser Vorstellung verbunden war.

Dann gedachte er einfacher Nächte unter tropischem Himmel. Da hatte er auch seine Mutter gesehen, nur daß das Fleische dort füher und weicher gewesen war. Und nun schmeckte er sich jene stillen Stunden herbei, wo in der finsternen Nacht das leise Schlagen des weißen Segel mit dem stillen Rauschen des Wassers ihn in den Schlaf gewiegt hatte.

Oh, wenn das erst wieder kam, dann war alles gut und schön.

"Um war er ganz allein für sich, alles was er die letzten

ausgaben. Das Mehr resultiert aus der Gewährung von Zuflüssen, bei der Beschaffung von Rohstoffen mittels der Arbeiter, unteren und mittleren Beamten und von Betriebszulagen usw., an die Beamten zum Ausgleich gegenüber der Erhöhung der Arbeiterlöhne.

Der Aufwand für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände erhöhte sich von 1 500 000 Mark auf 3 400 000 Mark, und für Beschaffung der Betriebsmaterialien von 28 449 000 Mark auf 54 200 000 Mark. Wohlgendend dafür ist die außerordentliche Preissteigerung der Ausstattungsgegenstände und Betriebsgegenstände, namentlich der Kohlen. Der Bezug von Wasser, Gas und Elektrizität aus fremden Werken verschlang insbesondere durch weitere Erhöhung der Einheitspreise für Gas, Wasser und Elektrizität statt nur 1 495 000 Mark fast 2 Millionen mehr, nämlich 3 400 000 Mark.

Die Löhne der Bahnhofunterhaltungsarbeiter erforderten ein Mehr von jährlich 10 Millionen Mark, sie sind gestiegen von 8 700 000 Mark auf 18 700 000 Mark. Für Beschaffung der Oberbau- und Baumaterialien mußten 1 900 000 Mark mehr ausgegeben werden, die sonstigen Ausgaben erhöhten sich durch die Zerstörung der Materialpreise und der Vergütungen für Leistung und Lieferungen der Unternehmer und Handwerker sowie infolge der in Aussicht genommenen Nachholung der während des Krieges zurückgestellten Bahnhofunterhaltungsarbeiten von 6 Millionen auf 9 Millionen Mark.

Die Ausgaben an Löhnen für die Werkstattarbeiter waren ursprünglich mit 10 300 000 Mark eingestellt; sie haben sich durch Einführung des 8-Stundentages, Wegfall der Überarbeit und Erhöhung der Löhne auf 26 300 000 Mark erhöht, das ist ein Mehr von 16 Millionen Mark. Für Beschaffung der Werkstattmaterialien müssen 700 000 Mark mehr ausgegeben werden. Die sonstigen Ausgaben erhöhen sich momentan infolge der bedeutend höheren Kosten für das Ausbeutern ländlicher Verbundsgüterwagen durch andre Verbundsoverwaltungen von 2 Millionen auf 6 100 000 Mark. Endlich werden für Beschaffung ganzer Fahrzeuge jährlich 11 250 000 Mark mehr angefordert als veranschlagt.

Am Nachtag zum außerordentlichen Staatshaushaltplane werden angefordert: 4 708 000 Mark für Vermehrung der Lokomotiven und Tender, 9 761 000 Mark für Vermehrung der Güterwagen, 1 Million Mark für den zweigleisigen Ausbau der Linie Zeithain—Gittersee, 2 Millionen Mark für Erbauung einer neuen Schleuse auf dem Werkstättenbahnhof in Chemnitz, 2 908 000 Mark für Erweiterung der Lokomotivewerkstatt auf dem Werkstättenbahnhof in Engelsdorf bei Leipzig, 200 000 Mark für Erweiterung des Bahnhofs Gittersee, 360 000 Mark für Erweiterung des Bahnhofs Cunewalde und 160 000 Mark für Herstellung eines Überholungsgleises auf dem Bahnhof Bautzen.

Gegen den Gewaltfrieden!

Die Sächsische Mittelstandsvereinigung protestierte telegraphisch beim Auswärtigen Amt in Berlin gegen die Unterzeichnung des Gewaltfriedens. Es heißt in dem Telegramm: "Sieben wollen die Angehörigen des sächsischen Mittelstandes weiter Rot und Entbehrungen tragen, als Sklavenerwerb des Auslandes werden. Sie fordern deshalb einmütig von der Reichsregierung die Ablehnung dieses unerbittlichen schwachwilligen Friedens und auch die Ablehnung weiterer Verhandlungen über ihn, solange nicht wenigstens die erste und selbstverständliche Voraussetzung solcher Verhandlungen, die Herausgabe unserer Kriegsgefangenen, in die Wege geleitet ist."

Das Zwicker Stadtvorortenkollegium nahm eine Entschließung, die die Ablehnung des von der Entente dem deutschen Volke angenommenen Gewaltfriedens fordert, mit allen gegen eine unabhängige Stimme an.

Bauerne und Landarbeiterräte.

Nach einer Anordnung des Reichsnährungsministers sind in allen Gemeinden, in denen Landwirtschaft in bedeutschem Umfang betrieben wird, Bauerne- und Landarbeiterräte zu bilden. Die Wahlen hierzu sind in dem größten Teile der Gemeinden bereits durchgeführt. Diese Räte sind berufen, bei Aufgaben, die auf rein wirtschaftlichem Gebiete liegen, mitzuwirken und die Bedürfnisse zu beraten. Als solche Aufgaben werden genannt: Erziehung und Schutz der vorhandenen Lebensmittel, Regelung ihrer Ablieferung, Bekämpfung des Schleichhandels, Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe, Förderung der Erzeugung, Wiederaufbau der Viehzucht, Förderung des Genossenschaftswesens, Aufnahme der ent-

Tage erlebt hatte, war durchgedrängt und vergessen. Er sah wie ein geschlagenes Kind, war bermüht und geschräkt und voll guter Vorsätze, als stünde er vor einem Leben, das er sich verdienten müsse.

Er stand gleich als erster auf und tat des langen Paul Arbeit, der im tieferem Schloss lag und schrie, er sei krank. Keine wurden die Queen geküßt. Man mußte einen Teil der Ladung loslassen, um das Schiff zu entlasten, dessen Wände der Widerstand des Wassers fehlte.

Es war wieder wie im Hamburger Hafen, nur mußten sie selber die Ladung im blauen Herbolzholz, während ein Dampfsanitäter und englische Arbeiter auf Holzholzgelchen die Räder und Wässer zum Schuppen des Docks trugen. Auch der Paul stand wieder an seinem Platz an der Brücke des Wichterdes und schrieb an. Aber er war still und in sich gefangen, und der Leichtmatrose bekam die Empfindung einer inneren Verbindung mit ihm, als er sich einmal bei der Arbeit zwischen der Ladung umwandte und den Steuermann auf einem Balken stehen sah, und ihn still betrachtete. Das machte ihn betroffen, und er vergaß über einen Augenblick seine Verachtung die Arbeit, bis er erschrocken auffuhr, denn der schwere hanjene Stropf zum Umschlingen der Waren faßte an ihm vorbei und klatschte an eine Bretterfläche.

Ferdinand stand mit lächelndem Gesicht und vom Kurfürst noch erhobener Faust ihm gegenüber. Sein blödes Antlitz lächelte durcheinander, und die Augen waren leer. Aber auch der Steuermann war schweigsam und stand vor einem Ausdruck. Das ergriß den Leichtmatrosen, so daß er alles andre darüber vergaß. Er sah den Steuermann an Atem und sagte leise: "Es ist ja nur wenigen vorgestern, da hat er noch einen Sohn auf mich!"

Da atmete der Erzteige schwer um dann langsam wieder zu sich. "Nun, so nimm man den Stropf, kleiner Albrecht," sagte er und ging, ohne sich umzusehen.

Der Leichtmatrose nahm darauf die Spannschlinge und gab sie Ferdinand.

"Ich hab man Kloß auf den Steuermann gehabt," sagte er und sah dem Matrosen fest in die Augen.

"Oh," erwiderte der matrosch, "halt das Maul!"

lassenen Militärs Personen, Beschaffung von Arbeit und Wohnung für sie, gegenseitige Hilfe beim Schutz von Person und Eigentum. Außerdem haben sie das Recht, bei den Behörden Beschwerden anzubringen, wenn sich auf ihrem Tätigkeitsgebiet ein Unrecht hierzu bietet.

Unterstützung der Kriegshinterbliebenen.

Die Stiftung Heimatdank gewährte den Vereinen Heimatdank zu den im Jahre 1917 für die Kriegshinterbliebenenfürsorge gewachten Aufwendungen anteilweise Beihilfen im Betrag von 241 275 Mark. Sie hofft damit, den Vereinen Heimatdank die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern und es ihnen möglich zu machen, den Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer durch Unterstützungen über die jewige so außerordentlich schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Errichtung einer militärischen Sportzentrale.

Wie die Reichswehr, Soldatenzeitung für die sächsischen Grenzjäger und Sicherheitsgruppen, schreibt, hat das Sächsische Ministerium für Militärsporten dem Generalstabschef XII eine Kommission als Sportabteilung angeleitet. Sie soll sich mit allem, was Turnen und Sport betrifft, befassen, insbesondere auch mit den in den Standorten der Truppen vorhandenen Kulturs- und Sportvereinen eine Verbindung annehmen. Bei der Wichtigkeit, die unter den veränderten heutigen Verhältnissen dem Turnen und Sport im Heere beizumessen ist, wird sich der Kommission ein weites Gebiet fruchtbare Tätigkeit eröffnen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der letzten Sitzung des Arbeiterrates des Industriebezirks Chemnitz wurde u.a. mitgeteilt, daß bis jetzt bereits 107 Firmen bei der Regierung anmeldeten seien, die ihre Betriebe schließen wollen. Der größte Teil davon entfällt auf den Chemnitzer Bezirk. — Das Hochzeitstageblatt in Rochlitz kommt in diesen Tagen auf ein hundertjähriges Jubiläum zurückzufallen. — Am kommenden Sonntag wird der Betrieb auf der staatlichen Kraftwagenlinie Radeberg—Bischofsgrün wieder eröffnet. Das Nebenbahnen der Fahrgeldabwicklungsanstalt werden verstärkt, die Radlieferebene für solche Hinterzieher wie bei der Eisenbahn auf 6 Mark zu erhöhen. — Der Städtegewerbe von Zöblitz erhob Einspruch gegen die Bevorzugung der Grenzgruppen in der Verorgung mit Lebensmitteln. Die Grenzgruppen sind nicht nur in der Priorisierung besser gestellt, sondern sie haben auch die Möglichkeit, als Lebensmittel auf billige Weise zu erwerben. Hierdurch wird dem Schlechthandel Vorhalt gegeben. So hat kürzlich ein Soldat für 20 Mark Kleine und Zigarren gekauft und dies dann für 80 Mark weiterverkauft.

Stadt-Chronik.

Das Stahlbad des Krieges.

Nicht oft genug konnten die Kriegsbegeisterten den Krieg als Gelehrte zur höheren Sittlichkeit, als reinigendes "Stahlbad" preisen — schärfer noch als in der täglichen eigenen Erfahrung sieht man im Gerichtssaal die Wirkungen dieser vierjährigen Badefur im Stahlbad des Krieges. Sie sind verheerend. Und sie gelten als "gerichtsbekannt", das Gericht rechnet sie schon als mildrende Umstände an. Zwei Verhandlungen vor dem hiesigen Landgericht zeigen als zwei Beispiele unter vielen, welche sittliche Verlotterung wir dem Kriege zu danken haben.

Der erste Fall: Die Brüder Ernst Walter und Karl Alfred Strauch und der Arbeiter Richard Clemens Müller hielten von Mitte Februar an die Zöblauer Bevölkerung durch fortgesetzte Zellereinbrüche in Aufregung. Am 12. März wurden sie verhaftet. Die drei sind 18 bis 20 Jahre alt, alle drei waren Soldaten. In den Nächten brachen sie gewaltig in die Keller ein und stahlen, was sie fanden. Morgens teilten sie die Beute. Dann gingen sie an ihre Tagesarbeit. So machten sie im Laufe der Zeit eine Summe von mehreren tausend Mark. Auf der Anklagebank mußten auch die Eltern von M. und die Mutter von Brüder St. Platz nehmen, sie waren wegen Gehlerei angeklagt. Die jungen Leute waren sämtlich gesündigt, während die Eltern von dem strohigen Gewerbe der Gegenstände, von denen eine Menge in ihren Wohnungen gefunden wurde, nichts wissen wollten. Das Urteil lautete bei den jungen Leuten wegen Bandenklafts auf je zwei Jahre neun Monate Gefängnis und zwei Jahren Ehrentrechtsverlust, die drei alten Leute erhielten je fünf Tage Gefängnis wegen Gehlerei. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht mildere Umstände angenommen habe, da es bekannt sei, daß der Krieg die Sitten verrotet, den Unterschied von mein und dein verwischt und vielen die Lust zur Arbeit genommen habe.

Albrecht fühlte deutlich den durchdringenden Bild des Kriegs auf sich ruhen, als er sich wieder der Arbeit zuwandte. Aber er war ergeben und heiter.

Des Abends spielte der lange Jan Lieber, und sie sangen alle, und der Leichtmatrose fühlte seine Stimme voll aus seinem Innern strömen und war so ergriffen, daß ihm die Augen feucht wurden.

Später redete ihn der Erzte an, was er mit Ferdinand gehabt hätte.

"Ich weiß nicht recht," erwiderte er, "da war ein Mädchen, das fühlte mich einmal, und das hat ihn geärgert."

"Um," sagte der Steuermann. "Doch du die Deerns, denk an deinen Papa und die Mama."

Darüber mußte der Leichtmatrose lachen, errötete dann und sagte: "Ich geh sowieso nicht mehr in das Hotel."

Der Steuermann begnügte sich den jungen Menschen mit seinem dünnen Lachen, bog die Lippen, blickte dann den Kopf hin und her und meinte endlich, bevor er ging: "Na, denn is ja gut."

Des Abends vor dem Einschlafen fühlte der Leichtmatrose deutlich, daß der Gerber, wie Ferdinand allgemein genannt wurde, ihm feind war, verstand ihn, wurde aber traurig über diese Tochter, an der er nichts anderes konnte. Obgleich er sich seiner Schuld bewußt war, blümte ihm das dennoch wie eine hinzunehmende Gnade.

In den armen, häßlichen Motoren war es auch gefahren, als hätte ein gehöriger Koffer ihm nun und um geführt und die Bödenfeste aufgewölbt und er war geflüchtet.

Von oben herab gefallen konnte der Gerber sanen: "Und zu Kraucht du einem hier mang die Käse umher. Aber ich will dir! — Junge, laß dich man erwidern, mir möcht du nichts vor! — Er — — wie er den Weißsteuern auf dem Scheit überbrückt, aber hier, hier wollt wir die 'n bishen auf den Kahn fühlen und dir zeigen, wer du bist! —"

Mit haunendem, schiefem mittellossem Gesicht und mit Schluß für den andern gewohnte der holz noch Knabe, wie der böse Wille diesem Mann die Sinne störte. Er trug seine zerstörten Ausfälle, die bei der Arbeit wie in den Zeiten der Käse gähnend aufzubrechen, begegnete ihnen mit den gesammelten Kräften seines Innern, und suchte im dorau

Der zweite Fall: An einem Märzobend führten der Schneider Adolf Paul Schindler, der Arbeiter Gustav Aebendroff, der Schreiner Albert Gräfmann und der Fleischer Emil Müller nach Altbach und erbrachten dort einen Stoß nach jungen drei Schweine im Gesamtgewicht von 1000 M. Am Waldrande schafften sie die Tiere und teilten den Haubt auf dem Heimwege nien sie einem Überdorfer in die Hände. Das aus den Rückläufen tropende Blut verriet sie. Nun wurden sie wegen übermäßiger Bestrafung und zwar M. zu einem Jahr, A. und G. zu je zehn Monaten und T. zu acht Monaten Gefängnis sowie zu zwei Jahren Ehrenschößerverlust. Alle vier waren Soldaten und im Felde. Einer von ihnen sagte: „Im Felde wurden wir bestellt, wenn wir etwas zu essen brachten, wir haben auf Befehl stehlen müssen. Jetzt werden wir bestraft, wenn wir etwas für uns benötigen.“

„So, ja, ihr Herren Feldprediger — das Stahlbad des Krieges!“

Die Protestversammlungen.

Am vollbesetzten Schusterhaus in Cotta sprach gestern Genosse Arzt. Während seiner Rede verkündete eine kleine Gruppe Unabhängiger in der bekannten Art zu hören, was ihr aber durch das geschlossene Auftreten der Versammlung unmöglich gemacht wurde. Nach dem Reden meldete sich zunächst niemand zum Wort. Nachdem der Vorsitzende bereit seine Schlussausführungen gemacht hatte, meldete sich der Unabhängige Mensch zum Wort, das ihm nach Fragen der Verhandlung erteilt wurde. Er benötigte das, um in seiner bekannten Art und Weise alles das zu wiederholen, was den Arbeitervolk der Arbeiterschaft verschärft. Auch einige andre Redner verteilten in den Ton Wentes, die aber nicht ernst genommen wurden. Dem Genossen Arzt war es ein leichtes, in sehr sachlichen Ausführungen die aufgestellten Behauptungen zu widerlegen und zu zeigen, daß es diesen Leuten nur darum zu tun ist, den Roth in der Arbeiterschaft zu vergewissern; daß aber alles daran gesetzt werden muß, diese Abhängigkeit zu verteilen.

In Leubnitz sprach Genosse Sach. Die Versammlung verließ ruhig. Auch die Unabhängigen, die in der Debatte sprachen, bemühten sich, sachlich zu bleiben. Das soll anerkannt werden. Meinungsverschiedenheiten können diskutiert werden, ohne daß handelt wird. Dann in die Distrikte lag der Windsturz. Es liegt nur an den Unabhängigen, denen es eben nicht mehr als Zürcher als aus Sichtung als aus Sichtung ein kommt.

Am Rathaus zu Nauendorf sprach Genosse Paul Barthel. Der geräumige Saal war nicht gefüllt. Die Darlegungen des Redners fanden allgemeine Zustimmung. Die Entschließung wurde ohne Ansprache einstimmig angenommen. Die Kundgebung verließ ohne jede Störung.

Auch in Mockritz, wo Genosse Pölzl sprach, wurde die Resolution nach ruhigem Verlauf einstimmig angenommen. Die Leubnitzer Arbeiterringer räumten die Kundgebung mit Gedanken ein.

Sturmlicher verließ die Versammlung in Gittersee, wo Genosse Schiller sprach. Zu Beginn seiner Rede wurde derartig Lärm geplagt, daß es unmöglich war, weiter zu sprechen. Erst nachdem der Kommunist Parisch und der Unabhängige Rößl ihre Anhänger erachtet hatten, die Anwälte zu unterlassen und die Redner ruhig anzuhören, war es möglich, die Versammlung fortzuführen. Nach dem Genossen Schiller sprach der Unabhängige Rößl. Er blieb sachlich und wandte sich gegen die Rassismusidee seiner eigenen Genossen. Als er den Arbeitzwang erlosch in Überschreitung kritisierte, den ein preußischer sozialistischer Minister mitunterzeichnete habe, kam aus der Versammlung der Rassismusruf: „In die Elbe mit ihm!“ Zeichenendeweile ging der Redner nicht darauf ein. Nach ihm verdammt der Kommunist Parisch die Unabhängigen und die Arbeitssozialisten gleichermaßen. Von einem Schlußwort nahm die Versammlungsleitung Abstand, um es nicht zu erneuten. tumulte kamen zu lassen, da ja von vornherein die Absicht bei einem Teile der Versammlungsbesucher bestand, die Versammlung zu sprengen, was im ganzen Bezirk bekannt geworden war. Dazu waren auch viele Verfechter aus den Orten aufgeboten worden, die nicht zum Bezirk gehörten.

aus dem Wege zu räumen, und aufzuhören, was den Geßtöten weiter in die Irre führen könnte.

Über diese Rämpfe und eine seltsame Angst um den ersten Steuermann war alles ausgedehnt, was er die letzten Tage erlebt hatte.

Tief in seinem Innern fühlte er mit dem schweren Mann, und so ihn dem gleichen Schicksale unterworfen wie sich selbst. Er litterte vor dem Anstoß, der ihn aus der Fassung der Ergebenheit schleuderte, in Streit mit Mannschaft und Kapitän beweiden konnte, und ihm dann Stellung und weitere Erfüllung kosten mühte.

Auch der Steuermann merkte eine solche Zusammengehörigkeit und gab dem Gorde Arbeit, die ihm seine Gelegenheit gab, mit Albrecht zusammenzutreffen.

Die schwiegende Erkenntnis vom Nutzen seiner Erfahrungen wort, was dem Leichtmatrosen in dieser Zeit Freude und Stärke gab.

Ein einem Abend warf der Gorde eine Tasse mit heißen noch dem Leichtmatrosen. Verdorben noch mal, wenn auch der erste ihm in seiner Fröhlichkeit hoffte, er wollte ihn schon auf den Trab bringen! Er das "ne saubere Tasse!"

Da mischte sich Peter daran.

Gott verdamme mich!, rief er in seinem sorgigen, ungeliebten Tone, was hast du all wieder mit dem Ding? — Wenn du so mit deiner Seele gewesen bist, denn wäre ich auch am Morgen vor der Hochzeit fort. — Verdorben, du bist doch auch mal Jung gelesen!

Sch?!, machte Ferdinand.

„Es ist wahr,“ begann auch der Altmürrmann, „was ist ja bloß albern!“ und der Greis rieb mit ferner lollen Stimme den Triumph darauf: „Es ist wahr, Ferdinand, man muß doch wieder auf deinen Stuhl legen. Wenn du kein Glück bei den Mädchen hast, kann der Leichtmatrosen nichts dafür, und wenn du was gegen ihn hast, haben wir keine Lust, darüber zu reden. Alles ist all recht hier, nur magst du solchen Aram abholzen. — Aber du bist hier nicht allein Herr, und es kann leicht sein, daß wir auch mal gegen dich Herren spielen.“

„Bei Jesu Christus,“ rief der Segelmacher auf empört und mit seinem lachenden Gesicht abgesehen, „ich glaube der Teufel ist in ihn geladen.“

„Ach,“ sagte Ferdinand und war ganz erschrocken und bleich. — Mein Leben hab ich noch nie mit jemand was gehabt. — Der verdammte Knoppen ist an allem Schuld.“

„Oh,“ rief der Segelmacher, „hört auf, hört auf goddamn hört auf! — Du bist nicht recht in deinem Kopf! —“

(Fortsetzung folgt.)

Am Bilddruck nahm die Versammlung einen prächtigen Verlauf. Der große Saal der Stadt war voll besetzt. Die Aufführungen des Genossen Rahmann fanden lebhafte Beifall.

Zu Dippoldiswalde sprach Genosse Grähdorff im Schuhhaus in starkbelichteter Versammlung. Nach ihm wurde der Unabhängige Roth ruhig angehört. Die Aufführung wurde einstimmig angenommen.

Die Gewerbeslosensfürsorge und die Gemeinden.

Mit einer wichtigen Angelegenheit hatte sich jetzt der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt zu beschäftigen. Es handelt sich dabei um die Übernahme des auf die Gemeinden entfallenden Rollenanteils für die Gewerbeslosensfürsorge auf den Bezirkverband. Gemeinsam haben jetzt die Bevölkerung und die Gewerbevereine im Prinzip der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt, einer der beiden Bezirke der Stadt Dresden, über: „Der Amtshauptmannschaft und seine Bevölkerung sind dem Bezirk 1/2, in dem die Gemeinden 1/2 der durch die Gewerbeslosensfürsorge entfallenden Kosten zu tragen. Eine Gemeindevertreter Versammlung der Amtshauptmannschaft hatte nun vor einiger Zeit einen Aufschluß gewünscht, um in der Angelegenheit zu beraten, und blieb beschloß, eine Petition an die Volkslehranstalt zu richten, den auf die Gemeinden entfallenden Anteil nicht dem Bezirk verbleiben oder einem Gewerbeverein (Zwangsoberband) aufzubüßen, sondern ebenfalls auf die Staatskasse zu übertragen, ein Wunsch, der inzwischen kaum irgendwelche Rückicht auf Vermittelung hat. In der nächsten Rüfung bewegte sich eine Einigung der Gemeindevertreter auf das Arbeitsministerium, die von diesem an die Amtshauptmannschaft abgelehnt wurde mit dem Anhingeben, einen Teil dieses Rollenanteils auf den Bezirkverband zu übertragen.“

Die Gruppe dachte und sehr unabdingbar. Durch die Kosten der Gewerbeslosensfürsorge werden befreiungswürdig die Arbeiterschaftsgemeinden des Amtshauptmannschaftsvereins bestreift, besonders hart getroffen, während Gemeinden mit wenig Arbeiterschaftsbesetzung hierunter wenig oder gar nicht zu leiden haben.

Die Übernahme der Kosten auf den Bezirkverband würden die Kosten auf breitere Schulter gelegt und dadurch ein Ausgleich geschaffen. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., Deuben 62 000 M. und Niederoder 9000 M. Alle diese Vereine hätten die Bezirksgemeinde zu übernehmen, wenn der Gesamtanteil der Gemeinden auf seine Schultern gelegt würde. Der Bevölkerungsanteil empfiehlt, 1/2 der Kosten der Gewerbeslosensfürsorge, also die Hälfte des Gemeindeanteils, auf den Bezirkverband zu übernehmen. Noch weiter zu gehen, erscheint nicht ratsam, weil zu bestreiten wäre, daß dann die Gemeinden zu leicht und weniger gewissenhaft bei der Gewährung der Gewerbeslosensfürsorge verfahren. Die Gesamtkosten der Gewerbeslosensfürsorge haben sich im amtsbaupräsidialen Bereich in den ersten sieben Monaten auf 585 000 M. belaufen. Das Gemeindebedürftige stellt sich demnach auf rund 97 000 M. Es haben z. B. aufzubringen die Gemeinden Böhlitz 13 237 M., Pirna 15 500 M., De

